

109 Millionen russische Staatsangehörige waren aufgerufen, den neuen Präsidenten zu wählen. Wladimir Putin gewann, wie erwartet, triumphal.



Wahlsieger Putin

Foto: dpa/Alexei Druzhinin

## Putin: »Wir können das schaffen«

Präsidentenwahlen mit dem Enthusiasmus der Sowjetzeit und »Fake-Unregelmäßigkeiten«

Das Wahlziel 2x70 wurde nicht voll erfüllt, doch der Montag in Russland zum Tag der Glückwünsche für Wladimir Putin. Er war der erwartete, zuweilen gar der triumphale Wahlsieger.

Von Klaus Joachim Herrmann

»Wir müssen einen Durchbruch, einen Sprung schaffen«, gab Wahlsieger Wladimir Putin als innenpolitisches Ziel seiner vierten Partnerschaft am Montag aus. Das Wahlergebnis wertete er als Zeichen des »Vertrauens und der Hoffnung« des russischen Volks. Es sei auch eine »Anerkennung« dafür, dass unter schwierigen Bedingungen vieles erreicht worden sei. Um voranzukommen, sei es »sehr wichtig, diese Einheit zu erhalten«, forderte Putin noch am Wahlabend.

Außenpolitisch versicherte der Präsident und Oberkommandierende, Russland wolle keinen Rüstungswettlauf, sondern mit anderen Ländern zusammenarbeiten. Am 1. März hatte Putin in seiner Botschaft an die Nation eine Reihe neuer Waffensysteme vorgestellt. Damit könnten Verteidigungssysteme der NATO überwunden werden, sagte er. Eine Hyperschall-Rakete wurde nach russischen Medienberichten eine Woche darauf erfolgreich getestet.

Die innere Entwicklung stehe im Mittelpunkt seiner Präsidentschaft, kündigte Putin an. Als vorrangig bezeichnete er das Wachstum der russischen Wirtschaft und Innovation. Es geht dabei um ein Programm der Reform und Modernisierung Russlands. Die Hoffnung, der Kreml wolle mehr Demokratie wagen, verbindet sich mit der Ankündigung größerer »Freiheiten in allen Bereichen« und der Stärkung der Zivilgesellschaft. Nach seinem bislang besten Ergebnis versicherte Putin in einem Dank an das Wahlkampfteam: »Wir können das schaffen.«

Diese Orientierungen, so hatte der Kreml bereits vor dem Urnengang mitgeteilt, werde bei einem Erfolg zur praktischen Politik des Präsidenten und auch per Erlassen umgesetzt. Unmittelbar nach dem Wahltag unterzeichnete Premierminister Dmitri Medwedjew ein Dokument zur Ausarbeitung der entsprechenden Pro-

gramme für die weitere Tätigkeit der Regierung. Noch in der Wahlnacht kündigte Putin Veränderungen im Kabinett an. Details nannte er zunächst nicht. Zugleich sagte er bei einer Siegesfeier vor Anhängern, nun sei es wichtig, auch die Verlierer der Wahl und ihre Wähler für seine Politik zu gewinnen.

An den »Enthusiasmus der Sowjetzeit« sah sich am Sonntag die »Njessawissimaja Gasjeta« erinnert. Der Führung sei es gelungen, die Abstimmung zu einem Festtag zu machen, ohne die organisatorische Seite des Prozesses zu vernachlässigen. So konnte in Wahllokalen auch preiswert eingekauft und sogar gegessen werden. Als weiteren »wichtigen Faktor« des Erfolges nannte das in Moskau erscheinende Blatt die »sich stark verschärfende äußere Bedrohung«. Sie wecke bei den Russen traditionell den Wunsch, sich um die Führung zu scharen.

Wahlleiterin Ella Pamfilowa bestätigte nach der Auszählung: »Unser Volk vereint sich immer in schweren Minuten.« Deshalb statte sie ihren Dank einigen westlichen Führern ab, deren Namen sie aber nicht nennen wollte. An erster Stelle dürften das wohl die britische Premierministerin Theresa May und ihr Außenminister Boris Johnson sein, die im Fall des Giftanschlags auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal Moskau heftig attackieren, Beweise bislang allerdings schuldig bleiben.

Präsident Putin versicherte nach seiner Wiederwahl: »Russland hat dieses Mittel nicht, wir haben alle unsere chemischen Waffen unter Kontrolle internationaler Beobachter vernichtet.« Als er aus den Medien von dem Fall erfahren habe, hätte er als erstes gedacht: »Wenn das ein militärischer Kampfstoff war, dann wären die Leute auf der Stelle tot gewesen.« Früher oder später werde »man sich für diese fadenscheinigen Anschuldigungen verantworten müssen«, meinte sein Sprecher Dmitri Peskow. »In diesem Fall handelt es sich um einen schwer erklärbaren, unfassbar motivierten und grundlosen Strom von Verleumdungen gegen Russland von Seiten Großbritanniens, von Seiten der Führung Großbritanniens.« Eine Erklärung der EU-Außenminister blieb Montag hin-

ter der Schärfe früherer westlicher Schuldzuweisungen an Russland etwas zurück.

Die Mobilisierung der Wähler gelang. Ganze Familien strebten zuerst auf Kamtschatka im Fernen Osten und zum Abschluss in der Exklave Kaliningrad zu den Wahlurnen. Erstmals nahmen dieses Jahr auch die Bürger auf der Krim an einer russischen Präsidentschaftswahl teil. Bereits am Vormittag waren Werte der vorherigen Präsidentschaftswahl übertrumpft worden. Am frühen Nachmittag meldeten in der Hauptstadt einige Wahllokale über 50 Prozent Beteiligung. Wenn auch mit gut 67 Prozent das angebliche Wunschziel des Kreml von über 70 Prozent verfehlt wurde, lobte der Parlamentsvorsitzende Wjatscheslaw Wolodin, vor allem die hohe Wahlbeteiligung habe gezeigt, dass »das Volk hinter Putin steht«.

Dafür hätten nach der kritischen Einschätzung des Politologen Andrej Kopyagin auch die Gegenkandidaten gesorgt. Sie erwiesen sich zwar als chancenlos, hätten aber eine »schöne Show« geboten. Dies würde der kommunistische Kandidat Pawel Grudinin, der mit 11,9 Prozent das zweitbeste Ergebnis erzielte, sicher nicht bestätigen. Er beklagte einen unfairen Ablauf. Allerdings habe er »Russland als Trampolin für das Gebiet Moskau« benutzt, vermutet der Analytiker Boris Kagarlitzki. Dort wolle der erfolgreiche Unternehmer Gouverneur werden.

Mit den gewohnten Entgleisungen wartete Rechtspopulist Wladimir Schirinowski von der Liberal Demokratischen Partei auf und erreichte knapp sechs Prozent. Die liberale TV-Journalistin Xenija Sobtschak provokierte er, ihm ein Glas Wasser ins Gesicht zu schütten. Sie selbst konnte in einem TV-Duell ihre Tränen nicht mehr zurückhalten, holte am Ende 1,67 Prozent. Der unauffällige Jablko-Mitbegründer Grigori Jawlinski kam auf gut ein Prozent. Die drei anderen Kandidaten konnten jeweils nur weniger als ein Prozent der Stimmen auf sich vereinen.

Der Kreml habe es dem Oppositionellen Alexej Nawalny faktisch gestattet, seinen »Wählerstreik« zu organisieren, vermerkten Beobachter. Das sei jedoch nicht wenigen Wäh-

lern als »Verrat« erschienen und habe keine Massenbasis gefunden. Später schimpfte der von der Wahlkommission aussortierte Kandidat: »Wer wählen ging, hat einen Fehler gemacht. Diese Kandidaten waren Ihrer nicht würdig!«

Ein Lob für die technische Umsetzung durch die Wahlleitung und Kritik an der Fairness kam von internationalen Beobachtern. Der Ablauf wurde von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) als grundsätzlich korrekt bezeichnet. Die Wahl sei »in der Gesamtheit in geordneter Weise« abgelaufen, »trotz Verfahrensfehlern während der Abstimmung und bei der Stimmauszählung«. Beanstandet wurde fehlender Wettbewerb und die Einschränkung von Freiheiten. »Eine Auswahl ohne echten Wettbewerb ist leider keine echte Auswahl«, sagte Michael Georg Link, Leiter der Beobachtermission, laut dpa.

Es seien Fälle von Mehrfachabstimmung registriert worden, räumte Jan Petersen von der OSZE ein. Er nannte aber keine Details. In ihrer Mitteilung kritisierten die Beobachter Mängel bei der Transparenz der Wahl und bei der Wahrung des Wahlgeheimnisses. Zudem habe Amts-inhaber Wladimir Putin im Wahlkampf deutlich mehr Aufmerksamkeit in der Medienberichterstattung bekommen als die sieben Mitbewerber.

Konkreter waren die Vorwürfe der russischen Beobachterorganisation Golos. Landesweit seien rund 3000 Unregelmäßigkeiten registriert worden, hieß es auf deren Webseite. Die Beobachter nannten Fälle von mehrfacher Stimmabgabe, fehlerhaften Wählerlisten und defekten Wahlurnen.

Die Zentrale Wahlkommission mochte viele Beschuldigungen nicht auf sich sitzen lassen. So habe es viele »Fake-Unregelmäßigkeiten« gegeben, machte deren Vizechef Nikolai Bulajew gelten. »Fake-Beschwerden«, sah auch Andrej Kondraschow, Pressesprecher des Wahlteams Putins. Es gab Provokationen und werde »gezielt darauf hingearbeitet, die Wahlen zu diskreditieren«. So habe ein »Videobeweis« über eine zweifache Stimmabgabe in Moskau gar nicht aus dem betreffenden Wahllokal gestammt.

## »Partnerschaft auf historisch bestem Niveau«

China gratuliert Putin zum Sieg / Zurückhaltende Worte aus dem Westen

Glückwünsche für sein historisch gutes Ergebnis hat der alte und neue Präsident Wladimir Putin auch aus dem Ausland erhalten. Chinas Präsident Xi Jinping gratulierte Putin zu seiner Wiederwahl und erklärte, Peking sei bereit, die Beziehungen mit Moskau auf eine »höhere Ebene« zu bringen. Xi erklärte am Montag laut der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, schon jetzt sei die Partnerschaft beider Länder »auf dem besten Niveau in der Geschichte«.

Auch der iranische Präsident Hassan Rohani hat Wladimir Putin zu dessen Wahlsieg gratuliert. »Ihr eindeutiger Sieg hat uns erfreut und ich bin sicher, dass sich damit die Beziehungen zwischen Moskau und Teheran zum Vorteil beider Länder noch mehr ausdehnen werden«, schrieb Rohani in einer veröffentlichten Botschaft an Putin. Iran und Russland kooperieren im Syrien-Konflikt strategisch zusammen, beide unterstützen Machthaber Baschar al-Assad. Wirtschaftlich ist Russland ein wichtiger Handelspartner für Iran.

In Deutschland nahm Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Wahl zum Anlass, das schlechte Verhältnis des Westens mit Russland zu thematisieren. Steinmeier wünschte Putin eine glückliche Hand; er hoffe, dass »es gelingen wird, der Entfremdung auf unserem Kontinent und zwischen den Menschen in Russland und Deutschland entgegenzuwirken, und dass Sie Ihre neue Amtszeit hierfür nutzen«.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ließ ihren Sprecher Steffen Seibert mitteilen, sie werde Putin sehr bald gratulieren. In dem Telegramm der Kanzlerin werde sie auch die Herausforderungen im deutsch-russischen Verhältnis ansprechen, so Seibert.

Außenminister Heiko Maas (SPD) äußerte beim Treffen der EU-Außenminister in Brüssel Kritik an den Wahlen in Russland. »Von einem fairen politischen Wettbewerb, wie wir ihn kennen, kann sicherlich nicht in allen Punkten die Rede sein.« Zudem sei nicht akzeptabel, dass die Wahl auch auf dem völkerrechtswidrig annektierten Gebiet der Krim stattgefunden habe, sagte Maas. Laut Wahlkommission hat Putin dort 92 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten.

Derweil warb der Thüringer CDU-Landesvorsitzende Mike Mohring erneut für eine Lockerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Bei Parteiinternen Beratungen sagte Mohring: »Man muss auch unter Beachtung von Minsk schauen, wie wir wegkommen von diesen Sanktionen gegenüber Russland.« Die EU hat ihre Sanktionen gegen Russland an die Umsetzung des Minsker Friedensabkommens von 2015 gekoppelt. ais/Agenturen